

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
♦♦♦♦♦ der Freien Stadt Danzig ♦♦♦♦♦
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 20 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3990.

Nr. 43 Freitag, den 20. Februar 1920 11. Jahrgang

Englands stärkere Marine-Rüstungen.

Der erste Schritt zur Einheitschule.

Von Unterstaatssekretär Heinrich Schulz.

Die nachstehenden Ausführungen des bedeutendsten sozialdemokratischen Sachverständigen für Schul- und Erziehungsfragen über das erste Reichsschulgesetz haben für Danzig, dessen Schulwesen anlässlich der Schaffung der Verfassung ebenfalls auf eine moderne Grundlage gestellt werden muß, besondere Bedeutung. Red. „Danziger Volksstimme“.

Der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung wird in Kürze das erste Reichsschulgesetz zugehen, das sie hoffentlich mit der durch die Umstände gebotenen Beschleunigung verabschiedet. Zu den eigentlichen Aufgaben der Nationalversammlung scheint auf den ersten Blick ein solches Gesetz nicht zu gehören, um so weniger, als für die Osterwoche dieses Jahres eine Reichsschulkonferenz bevorsteht, auf der sich zur Inangriffnahme der Reichsschulgesetzgebung die Fachleute und Sachverständigen aller Art über Umfang und Inhalt der zukünftigen Schulreform aussprechen sollen. Der Gesetzentwurf scheint daher der Reichsschulkonferenz vorzugreifen, wenn er über die Mindestdauer der Grundschule Grundzüge aufstellt und die Beseitigung der Vorschulen verlangt.

Es handelt sich bei dem Gesetzentwurf jedoch keineswegs um eine übereilte und vorwilige Maßnahme oder um eine unberechtigte Vornahme einer Entscheidung der Reichsschulkonferenz, sondern das zuständige Reichsministerium des Innern ist zu dem in Frage stehenden Gesetzentwurf durch die unmittelbaren Bedürfnisse der Schulverwaltungen der Länder und Gemeinden veranlaßt worden.

Nach dem Artikel 146 der Verfassung wird für das deutsche Schulwesen eine für alle gemeinsame Grundschule verlangt. Im Artikel 147 wird ferner verlangt, daß auch die privaten Vorschulen aufgehoben werden. Schon bald nach der Verabschiedung der Verfassung im Sommer vorigen Jahres wurden an die Reichsregierung zahlreiche Anfragen gerichtet; ob diese Bestimmungen bereits Gesetzeskraft hätten oder wann sie Geltung erlangen sollten. Das neue Schuljahr steht bevor; muß daher die neue Grundschule schon mit dem April 1920 eingeführt werden und dürfen keine Vorschulen mehr bestehen, so müssen die Schulverwaltungen rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen treffen. Ob angesichts der politischen und geschäftlichen Lage des Reichs die Ergebnisse der Reichsschulkonferenz in absehbarer Zeit zu weitergehenden und umfassenden Schulgesetzen verwertet werden können, ist zwar zu wünschen, steht aber nicht unbedingt fest. Aus diesen Gründen heraus hat das Reichsministerium des Innern geglaubt, recht zu tun, wenn es zunächst eine für die Entscheidung reife Einzelfrage der zukünftigen Reichsschulgesetzgebung zur möglichst baldigen gesetzgeberischen Erledigung herausgreift.

Das Gesetz umfaßt nur fünf Paragraphen. Es ist also seinem äußeren Umfang nach recht bescheiden. Auch sein Inhalt müßte bescheiden an; es greift noch nicht bestimmend in die zukünftige Gestaltung unseres Schulwesens ein; die von der Verfassung verlangte organische Ausgestaltung des öffentlichen Schulwesens soll erst nach der Reichsschulkonferenz in Angriff genommen werden. Dennoch ist aber das Gesetz fastlich nichts weniger als bedeutungslos, sondern es bedeutet vielmehr den ersten bewußten und entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Einheitschule. Es beseitigt alle Vorschulen, sowohl die öffentlichen wie die privaten, sowohl die für Knaben wie die für Mädchen. Die Vorschule, diese ungeliebte aller Schulgattungen, diese von allen Schul- und Volkselementen von jeher gehaßte Standeschule, die man in den demokratischen Säulen Deutschlands ohnehin nicht kannte, wird aufgehoben. An ihre Stelle tritt die Grundschule, eine einzige allgemeine Vorschule, die von allen Kindern, seien sie in Hütten oder Palästen geboren, besucht werden muß. Für die Dauer der Grundschule gibt es für die Kinder während der Schulzeit keine Trennung nach Kasten und Ständen.

Die zweite wichtige Bestimmung betrifft die Dauer der Grundschule. Während die Vorschulen bisher nur drei bis vier Jahre umfaßten, wird die Grundschule nach den Bestimmungen des neuen Gesetzes zunächst auf vier Jahre festgesetzt. Zunächst, das heißt, daß der zukünftigen Reichsschulgesetzgebung in Bewertung der Ergebnisse der Reichsschulkonferenz keine Schranken gesetzt sind, sie kann auch eine erheblich längere Dauer der Grundschule festsetzen. Wohl aber soll eine kürzere als die vierjährige Dauer fortan ausgeschlossen sein. Diese Bestimmung erzwingt zugleich arbeitsmäßig eine Neuordnung im Aufbau der heutigen höheren Lehranstalten. Sie konnten bisher mit neun Schuljahren rechnen, in Zukunft müssen sie aber mit acht Schuljahren auskommen! Dadurch soll nicht etwa die Leistungsfähigkeit der höheren Schulen herabgedrückt werden, wozu niemand, am allerwenigsten das heutige demokratische Deutschland, ein Interesse hätte, wohl aber soll und wird dadurch ihre Neuordnung in Sinne neuzeitlicher Reformbestrebungen angebahnt werden.

Wenn es nach meinen persönlichen Wünschen gegangen wäre, so würde ich gern ein weitergehendes Schulgesetz vorbereitet und vor allen Dingen eine längere Dauer der Grundschule festgesetzt haben. Meine schulpolitischen Schriften lassen über meine Wünsche in dieser Beziehung keinen Zweifel. Aber die sozialistischen Erziehungs- und Schulziele lassen sich in einer Koalitionsregierung nicht völlig und rein durchsetzen, sie müssen sich stets einen Ausgleich mit den Wünschen der gleichberechtigten koalitierten Parteien gefallen lassen. Außerdem muß jede Verwirklichung theoretischer Ziele sich mit den Schwierigkeiten der realen Tatsachen abfinden. „Hart im Raume stoßen sich die Sachen.“

Worauf es aber auch unter Würdigung dieser Umstände ankommen muß, das ist nach meiner Meinung bei diesem Gesetzentwurf gewahrt: kein sozialistischer Grundgedanke ist verlegt worden, für die Entwiklung der Dinge in der Richtung auf unsere weit gesteckten Ziele ist jetzt ein breites Tor geöffnet worden. Es liegt an uns und unserer zukünftigen nähertommen.

Noch 200 000 Mann Reichswehr.

Die schon durch eine Rotterdamer Meldung des B. T. B. angebeutete Note Lloyd Georges an den deutschen Geschäftsträger in London hat folgenden Wortlaut:

„Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnisnahme an die deutsche Regierung mitzuteilen, daß seitens des Präsidenten der Kontrollkommission zu Berlin die Aufmerksamkeit des Obersten Rates der alliierten Mächte auf die schwierige Lage gerichtet wurde, in die die deutsche Regierung gesetzt würde, wenn die alliierten Mächte auf strengste Erfüllung des Artikels 150 des Versailler Vertrages bestanden, nach welchem die gesamte Effektivestärke der deutschen Bundesstaaten bis spätestens 31. März 1920 100 000 Mann, Offiziere eingerechnet, nicht überschreiten darf.“

Da dieser Artikel in der Annahme entworfen wurde, daß der Versailler Vertrag zu einem viel früheren Datum ulifiziert werden würde, entschied der Oberste Rat dahin, zu gestatten, bis zum 10. April 1920, d. h. drei Monate nach Inkrafttreten des Vertrages, nach Artikel 163 das deutsche Heer auf 200 000 Mann und diese bis zum 10. Juni 1920 auf 100 000 Mann zurückzubringen.

Ich habe die Ehre, Sie zu ersuchen, diese Entscheidung der deutschen Regierung zu übermitteln.“

Es dürfte auch hier Englands Einsicht gewesen sein, die die französische Absicht auf den indirekten Wiederbruch Deutschlands durch seine völlige Entwaffnung verhindert hat.

Englands neue Marine-Rüstungen.

Rotterdam, 19. Febr. (B. T. B.) Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet die „Daily Chronicle“, daß England in kurzem keine Schlachtschiffe mit 30,5-Zentimeter-Geschützen mehr haben wird. Die neuen Schiffe werden Geschütze von 34,3 und 40,64 Zentimeter und möglicherweise solche noch schwereren Kalibers führen. Die Schlachtschiffe mit schwächeren Geschützen sollen ausanastriert werden. Darunter befinden sich vermutlich neun Dreadnoughts, die verkauft werden sollen.

Die Befreiung der Welt vom Militarismus wird durch den führenden Entente-Staat also durch die Vermehrung und Verstärkung der Schlachtschiffe besorgt.

Frankreichs Kohlen-Erzeugung.

Bei der Kammerdebatte über die Kohlenfrage erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten nach Havoc, Deutschland respektiere die Verpflichtungen nicht, die es eingegangen sei. Es schulde Frankreich monatlich 1 839 000 Tonnen. Er erklärte, daß er mit dem Ministerpräsidenten einig sei, daß man in dieser Frage Deutschland nicht nachgeben werde. Eine Tagesordnung, die verlangt, daß Deutschland seine Verpflichtungen hinsichtlich der Kohlenlieferungen respektiere, wurde angenommen.

Hierzu ist man in Paris also unter keinen Umständen gewillt, da in jeder Hinsicht unbegründete Forderungen einer bestimmten Kohlenlieferung aufzugeben. Die französischen Nachhaber wollen das mehrfache Deutschland unter allen Umständen, selbst unbestimmt um den Versailler Vertrag, auf die Knie zwingen.

Berlin, 19. Febr. (B. T. B.) Die Meldung des „New York Herald“, daß die deutsche Regierung beabsichtige, für das Entgegenkommen der Alliierten in der Auslieferungsfrage auf die im Friedensvertrage zugesicherte Vergünstigung zu verzichten, wonach die Mengen der an Frankreich zu liefernden Kohle drei Monate vorher mitzuteilen, ist unrichtig.

Kein deutscher Staatsbankrott.

Berlin, 19. Febr. Aus Holland wird verbreitet, daß eine Haager Zeitung eine angeblich demnächst abzufsendende deutsche Note veröffentlicht, in der Deutschland mitteilt, daß es zur Abwehr bestimmter Forderungen der Entente den Staatsbankrott erklären werde. Amlich wird festgestellt, daß keine derartige deutsche Note existiert noch je beabsichtigt war.

Frankreichs „Sympathie“ gegen Deutsche.

Die Pfalzzentrale meldet: Troßdem die französische Regierung in der Auslieferungsfrage sich damit einverstanden erklärt hat, die Aburteilung der sogenannten Kriegsverbrechen vor dem Reichsgericht in Leipzig vornehmen zu lassen, wurde am 17. Februar der Ingenieur der Badischen Anilin- und Sodafabrik Imhoff wegen angeblicher Kriegsverbrechen von französischen Gendarmen verhaftet. Er wird jedenfalls ebenso wie der Schuhmann Bürger aus Oggersheim, der am 11. Februar aus demselben Grunde von den Franzosen verhaftet wurde, nach Velle abtransportiert werden. Damit ist jeder frühere Angehörige der deutschen Armee im besetzten Gebiet trotz des eingetretenen Friedenszustandes dauernd in Gefahr, wegen sogenannter Kriegsverbrechen vor ein französisches Gericht gestellt zu werden.

Vor einem monarchistischen Putsch in Budapest.

Aus Wien erfahren die „B. T. B.“: In Budapest droht ein neuer Umsturz. In den Donauvorstädten sind Maschinengewehre und Posten aufgestellt, die in Stahlhelmen durch die Stadt patrouillieren. Erzherzog Joseph war gezwungen, Budapest zu verlassen, denn die Gerüchte über einen vorbereiteten Putsch werden mit seiner Person in Zusammenhang gebracht. Diktator Friedrich ist Herzog zurückgekehrt. Friedrichs Plan wurde vollkommen revidiert, es werden Gerüchte verbreitet, daß er auf Horthy's Befehl verhaftet worden sei. Es wird nicht gezweifelt, daß Horthy Gouverneur von Ungarn wird, allerdings wenn Paris dies nicht verhindert. Horthy will sich der Regentschaft bemächtigen, damit der Sohn des Kaisers Karl, Kronprinz Otto, zum ungarischen König gekrönt werden könne. Er hat die Einberufung aller wehrfähigen Männer bis zum 32. Lebensjahre vorbereitet. Sein Generalstab arbeitet an dem Plane einer ungarischen Märzoffensive in den Karpathen, um seine Drohungen gegen die Rumänen in die Tat umzusetzen.

Bolschewistische Propagandaheere.

Während das Vordringen des Bolschewismus nach Westen zu stocken scheint, arbeiten seine Apokstel fleißig daran, die kommunistischen Ideen zu erobern. Die Sowjetregierung geht jetzt mit besonderem Eifer an die Propagandaaarbeiten in Asien. Nach Moskauer Meldungen entsandte sie einen Agitationszug mit 800 arabischen, turkestanischen und indischen Agitatoren und großen Mengen Flugchriften nach Turkestan.

In Südrussland gelangten die Sowjettruppen nach der Rüste der Krim. Denikin weicht immer weiter zurück. Moskauer Meldungen berichten, daß keine Truppen jetzt auch Tatarinostan räumen. In der Nordwestfront schloß die Sowjetregierung mit den Letten Waffenstillstand. Die Friedensverhandlungen dürften, in kürzester Zeit eingeleitet werden.

Stalenscher Ausverkauf.

Mitti hat nach seinem Blatte die Erklärung abgegeben, daß, wenn sich Italien in der Ausführung des Friedensvertrages mit Frankreich und England solidarisieren erklären sollte, müsse es dafür volle Autonomie mit allen Rechten für Dalmatien fordern.

Nationale Erregung in der Türkei.

Konstantinopel, 19. Febr. „Times“ melden aus Konstantinopel: Der Bericht über Ermordung einer Anzahl französischer Offiziere und Soldaten und zweier armenischer Offiziere in Cilizien werde bestätigt. Die türkischen Gendarmen in Offizieren seien größtenteils zu den Nationalisten übergelaufen.

Der Bäckerstreik in Stockholm.

Nach Stockholmer Meldungen ist der Streik der Bäckergehilfen von den Bäckermeistern mit der Aussperrung weiterer 500 in den Bäckereien beschäftigten Personen beantwortet worden. Eine der größten Bäckereien Stockholms ist nicht in den Konflikt verwickelt, so daß ein Brotmangel nicht zu befürchten ist.

Polens Arbeiterbewegung.

Die inneren Verhältnisse Polens sind noch in jeder Hinsicht ungeklärt. Selbst das politische Befüge des neuen Staates ist so loder, daß selbst hier feste Formen noch fehlen. Der bolschewistische Anmarsch vom Osten kam also noch manche Ueberraschungen bringen. Noch weniger weiß man von der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung der polnischen Schöpfung der Entente. Das „Berliner Tageblatt“ hat einen besonderen Mitarbeiter nach Warschau geschickt, der sich über diese Dinge aus eigener Anschauung äußert. Seine Mitteilungen sind wohl das einzige bisher über diese Fragen veröffentlichte zuverlässige Material, weshalb wir nachstehend einiges daraus schöpfen.

Dr. Lederer, so heißt der Mitarbeiter des „B. T.“, urteilt über die Widerstandskraft Polens gegen die russische bolschewistische Gefahr überaus ungünstig. In Warschau sei man, so schreibt er am 12. Februar, selber nicht enttäuscht über die Rolle „des Gendarmen der westeuropäischen Demokratie“, die die Pariser Presse den Polen übertragen habe. Bei den in jeder Hinsicht ungeklärten Verhältnissen Polens seien soziale, dem Bolschewismus ähnliche, Erschütterungen gar nicht ausgeschlossen. Im Anschluß hieran prüft Lederer die Ausbreitung und organisatorische Stärke der polnischen sozialistischen Bewegung und schildert sie wie folgt:

Die Unterdrückung der Phänomene befehtigt natürlich nicht die Ursachen sozialer Bewegungen und, wie überall, so kann sich auch in Polen die soziale Bewegung auf zwei Ästern der Bevölkerung fassen, auf das städtische Proletariat und auf die besitzlose oder besitzarme Landbevölkerung. Von den rund 23 Millionen, die Polen unter Ausschluß der eben im Osten besetzten Gebiete zählt, entfallen 6 Millionen auf die Städte und 17 Millionen auf die Landbevölkerung. Es ist aber sehr schwer zu sagen, welcher Prozentsatz dieser beiden Bevölkerungsgruppen als besitzlos oder besitzarm anzusehen ist. Die Zahlen über die gewerkschaftliche und politische Organisation der sozialistischen Parteien in Polen ergeben überhaupt kein Bild. Alle diese Organisationen sind erst im Entstehen begriffen und der politischen Organisation der P. P. S. sind in ganz Polen bisher erst etwa 100 000 Mitglieder angeschlossen. Eher könnte das Ergebnis der letzten Wahlen zu gewissen Schlüssen führen. Leider liegt eine Statistik über die Stimmenverteilung bei den Wahlen nicht vor. Immerhin können aus der Tatsache, daß die P. P. S. 35 Sitze in der Nationalversammlung erobert hat, von denen 30 normalerweise auf städtische Stimmen zurückzuführen sind, gewisse Schlüsse gezogen werden, und wenn Kenner der Verhältnisse vermuten, daß etwa 60 Prozent der polnischen Bevölkerung bolschewistische Ideen zuneigen, zumal die Kommunisten die Wahlen boykottiert haben, so ist diese Vermutung nicht unerschwerlich.

Ueber die Zusammenhänge der Landbevölkerung liegt eine Statistik des polnischen Professors Sujat vor, der zwischen besitzenden Bauern, ländlichem Halbproletariat, nämlich Zwergbauern, die mit ihrer Familie noch nicht zwei Hektar besitzen und besitzlosen Feldarbeitern unterscheidet. Nach seiner Statistik beläuft sich die Zahl der ländlichen Halbproletarier in Galizien auf 2 130 000, in Polen auf 1 360 000, die Zahl der Feldarbeiter und ihrer Familienmitglieder in Galizien auf 400 000, in Konaropolen auf 1 200 000. Nimmt man noch Polen dazu, wo die Zahl der Halbproletarier und der Feldarbeiter verhältnismäßig gering ist, so ist das ländliche Halbproletariat und Proletariat Polens auf 6 bis 7 Millionen zu schätzen.

Man kann allerdings nicht behauptet werden, daß diese ganzen sechs oder sieben Millionen aus ihrer unbefriedigten Lage heraus sozialistischen oder gar kommunistischen Ideen zuneigen. Ein großer Teil des ländlichen Halbproletariats in Polen erwartet eine Verbesserung seiner Lage von der Durchführung der Agrarreform und ganz gewiß neigt der Bauer in Polen, selbst wenn er noch nicht zwei Hektar besitzt, seiner Kommunisten von Grund und Boden zu. Immerhin ist es aber denkbar, daß eine bolschewistische Bewegung in den Städten im ländlichen Proletariat und Halbproletariat eine agrarrevolutionäre Bewegung auslösen könnte.

Um die Seele dieser Massen ringen nun Sozialdemokraten und Kommunisten, im Kampf gegeneinander, aber, was gleichfalls nicht übersehen werden darf, auch im Kampf gegen rührige nationale und vor allem kirchliche Volksparteien. Den gegenwärtigen Stand dieses Kampfes und der kommunistischen Bewegung überhaupt, insoweit sie an der Oberfläche sichtbar wird, beleuchtet nun vielleicht am besten eine Betrachtung der Kräfteverhältnisse in den Gewerkschaften.

Ursprünglich hat es in Kongresspolen neben drei jüdischen vier Gewerkschaftszentren der polnischen Arbeiter, nämlich eine der P. P. S., eine der nationalen, eine der christlichen Arbeiter und eine der Kommunisten, in Polen die deutsche nationale und die deutsche sozialdemokratische, in Kattowitz die polnisch-sozialistische und in Galizien die Zentralgewerkschaft der P. P. S. gegeben. Die P. P. S. hat ihre drei Zentren in Kongresspolen, in Galizien und im ehemals preussischen Gebiet mit der Gewerkschaftszentrale der Kommunisten auf dem Gewerkschaftskongress im Juli 1919 in eine Gewerkschaftszentrale verschmolzen. In der zentralen Gewerkschaftskommission sitzen neben 23 Sozialdemokraten 11 Kommunisten. An der Spitze der Exekutive steht gegenwärtig der Abgeordnete Julawski. Ueberdies hat sich diesen Gewerkschaftlern die Gewerkschaft der Feldarbeiter angeschlossen, die heute schon 150 000 organisierte Feldarbeiter zählt.

In den einzelnen Gewerkschaften verteilen sich nun die Einflüsse der P. P. S. und der Kommunisten gegenwärtig etwa folgendermaßen:

Der Gewerkschaft der Feldarbeiter in Galizien und Kongresspolen mit etwa 150 000 Mitgliedern, die von Kwapiński geleitet wird, steht fast ausschließlich unter dem Einfluß der P. P. S. In der Gewerkschaft der Eisenbahner mit etwa 70 000 Mitgliedern besitzen Sozialdemokraten, Nationalisten und Kommunisten ungefähr gleich starke Einflüsse. Die Metallarbeiter in Kongresspolen, etwa 20 000 Gewerkschaftler, werden zu gleichen Teilen von P. P. S. und den Kommunisten beherrscht. Bei den 50 000 Bergarbeitern im Dombrowaer Kohlengebiet hat sich der Einfluß der Kommunisten stark vermindert. Seitdem der Gewerkschaftssekretär Stanczak die Leitung der Bewegung in diesem Konzern inne hat, überwiegt die Gewerkschaftszentrale der Bergarbeiter heute unter überwiegend sozialdemokratischem Einfluß. Auch die Gewerkschaft der Textilarbeiter in Lodz befindet sich in den Händen der P. P. S. Dagegen beherrschen die Kommunisten vollkommen die Gewerkschaft der Bauarbeiter mit 20 000 und die Gewerkschaft der Lederarbeiter mit 10 000 Organisierten sowie vor allem die Arbeiterinnen. deren Zahl sich in ganz Polen auf 200 000, in Warschau auf 57 000 beläuft. Es ist aber festzustellen, daß mit dem Aufleben der

polnischen Industrie in der organisierten Arbeiterchaft ein wachsender Arbeitstrieb und ein unverkennbarer Zug nach rechts zu bemerken sind.

Territorial erstreckt sich der Einfluß der P. P. S. vor allem auf Galizien sowie auf Lschchen und Posen, soweit dort nicht die nationalen und kirchlichen Einflüsse überwiegen, während sich die Einflüsse der Kommunisten hauptsächlich in Kongresspolen, vor allem in Warschau, Lodz und Lublin bemerkbar machen. In Oberschlesien soll die kommunistische Bewegung stark unter deutschem Einfluß stehen.

In der Armee sind kommunistische Einflüsse überhaupt nicht erkennbar. Andere Meldungen lauten nicht so optimistisch. Danach ist nur die hallerische Armee frei von bolschewistischen Einflüssen. Die Red.) Die Armee kennt keine Soldatenräte, die Disziplin ist sehr streng und der nationale Eifer noch immer sehr groß. Dagegen besitzt die P. P. S. starke Einflüsse vor allem in der Armee an der Ostfront, die früher unter dem Kommando Bilsudstis stand. Die Tatsache, daß der Kern der Armee, die Legionen Bilsudstis, des früheren Mitarbeiters der sozialdemokratischen Partei, zum großen Teil aus Anhängern und Sympathisanten der P. P. S. hervorgegangen ist, wirkt natürlich heute noch nach. Dagegen ist in den Armeen Haller und Dombor-Rusnicki, die im Westen operieren, auch der Einfluß der P. P. S. verhältnismäßig gering.

Die Schuld am Kriege.

In der Pariser „Humanite“ finden wir folgende Schlusssätze über die Politik Clemenceaus seit 1906:

„In der Tat war es dieser unheilvolle Politiker, der dem Militarismus und der Reaktion die Schlüssel zum Hause der Republik ausgeliefert hat. Auf ihn wird, wenn es eine Gerechtigkeit gibt, die Geschichte die Hauptverantwortlichkeit für den Krieg wälzen, der Frankreich und ganz Europa ruiniert hat.“

So etwas ist heute natürlich leicht gesagt, wo Clemenceau vom Acker verdrängt ist. Vorher haben ihn aber die französischen Sozialisten gewähren lassen, dafür aber die deutschen Sozialdemokraten, weil sie Volk und Vaterland verteidigten, als „Sozialisten des Kaisers“ um so stärker verächtet. Die deutsche Sozialdemokratie hat schon bei Kriegsausbruch die Schuld auf beiden Seiten erkannt, und daher nach einer Verständigung getrachtet.

Der Mord an Rosa Luxemburg.

In dem schwedischen Blatte „Dagens Nyheter“ berichtet der ehemalige Fähnrich Walter Weinhold Erlebnisse aus den Tagen, an denen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht getötet wurden. Der Verfasser stand gerade hinten, als das Automobil mit den beiden Verhafteten im Edenhotel anlangt. Er berichtet:

Als einer meiner Kameraden, der Fähnrich Hoffmann, die Rosa Luxemburg wiedererkannte, schlug er sie mit dem Karabiner. Der Schlag war sicherlich tödlich gewesen. Unmittelbar darauf gab dann der Korporal Runge ihr einen neuen, obwohl nicht so schweren Schlag mit dem Gewehrkolben. Das Urteil über Runge war eine große Ungerechtigkeit, denn der Fähnrich Hoffmann war der wirkliche Täter. Als ehrlicher Soldat hätte Hoffmann die Schuld auf sich nehmen müssen, anstatt den weniger schuldigen Runge die Strafe tragen zu lassen, doch war er der Sohn des Generals Hoffmann, der sich gerade beim Divisionsstab im Edenhotel aufhielt — und da versteht man, warum er frei umherging.

Als Rosa Luxemburg die beiden Kolbenschläge erhalten hatte, sank sie ohne einen Laut zu Boden. Man schleppte sie in ein Zimmer, wo das Verhör stattfinden sollte, doch verblieb sie bewegungslos. Nach meiner Auffassung war sie bereits tot.

Die Tatsache, daß Leutnant Vogel nachher während des Transportes vom Hotel Eden die Luxemburg erschossen hätte, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Kein Schuß wurde während des Transportes abgefeuert, das kann ich wohl ich dabei war, besaßen das Blut, das der Chauffeur am nächsten Tage von der Aéroterie abwich, rührte von den lebenden Kolbenköpfen her.

Als man fand, daß mit der Rosa Luxemburg kein Verhör abgehalten werden konnte, wurde sie wieder in das Automobil hinausgetragen, um nachtransponiert zu werden. Der Leutnant Vogel war der Führer des Transportes, ich folgte im Automobil. Als wir zum Randwehrkanal kamen, wo die Brücke zum Tiergarten hinüberführt, hobste der Chauffeur, Irrana von seinem Sitz, öffnete die Tür und rief: „Herr Leutnant, nun fahre ich dieses Wes hier nicht länger!“

Eine Nachrichtenstelle beirreitet, daß der bekannte General Hoffmann überhaupt einen Sohn besitzt, aber vielleicht gibt es mehrere dieses Namens. Das ist jedoch nebensächlich; einmal gibt es mehrere Generale mit dem Namen Hoffmann, andererseits könnte das auch ein Axtarm des Fähnrichs Weinhold sein. Seine übrigen Angaben sind aber so detailliert, daß die Justizbehörden nicht zögern dürfen, sie zum Gegenstand eines Verfahrens zu machen.

Die Rechtsverhältnisse der Journalisten.

Aus Wien wird gemeldet: Die Nationalversammlung nahm die Vorlage betreffend die Rechtsverhältnisse der Journalisten an. Das Gesetz bestimmt, daß Zeitungsunternehmen zum Abschluß eines Arbeitsvertrages mit den Redakteuren verpflichtet sind und enthält Bestimmungen bezüglich Urlaub, Kündigungsschutz, Altersversicherung sowie Bestimmungen zum Schutz der Redakteure bei Berührung und Auffassung der Zeitungsunternehmen oder bei einem Befehl ihrer politischen Richtung.

Deutschland.

Die Unabhängigen gegen Bergarbeiterwohnungen.

Unabhängig-reaktionäre Sabotierung der Kohlenarbeiterwohnungen.

Die U. S. P. hat eine neue Gelegenheit gefunden, ein vernünftiges Gesetz zu sabotieren. Der Siedlungsverband Ruhrbezirk soll als öffentliche Selbstverwaltungskörperschaft mit finanzieller Stütze Siedlungspläne und Verkehrswesen im Ruhrgebiet regeln und die Veranschlagung für die gerade Aufstellung von 150 000 Bergleuten zu schaffen. Die Abgeordneten zur Verbandsversammlung sollen zur Hälfte von der Gemeinde, zur anderen Hälfte von der Arbeitergemeinschaft des Bezirke gewählt werden. Die neue Organisation ist notwendig, da für die zu regelnden Fragen jetzt zwei Oberpräsidenten und drei Regierungspräsidenten

zuständig sind und bei solcher Zersplitterung natürlich nicht so rasch gearbeitet werden kann. Hand in Hand mit dem Rechtsparteien Stimme der Vertreter der U. S. P. im Ausschuß der preussischen Landesversammlung gegen die Errichtung des Verbandes und unterstützte auch den Vorstoß der Rechtsparteien gegen die Arbeitergemeinschaft. Er stimmte auch gegen die notwendige Bestimmung des Entwurfs, daß dem Verband die Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen übertragen werden sollen, die zur Förderung der Siedlungsaktivität des Verbandes erforderlich sind.

Was mit dieser reaktionären Hoshaltspolitik beabsichtigt ist? Jeder Schritt nach vorwärts, der für Deutschlands Wirtschaftsleben erkämpft werden kann, hilft die Hoffnungen auf neuen gewalttätigen „Umsturz“ bei der äußersten Rechten wie der äußersten Linken zurückzubringen. Die von aller Vernunft „Unabhängigen“ werden so lange mit der Reaktion lebängeln, bis auch dem letzten ihrer Nachläufer die Luft ausgegangen sein wird, sich von ihnen „führen“ zu lassen.

Polnische Uebergriffe in Schlesien.

Aus Ortschaften des Abtretungsgebietes im Kreise Mangau und Groß-Wartenberg in Schlesien kommen Klagen über Bedrückungen durch Polen. Im Kreise Mangau verhängten sie den verschärften Belagerungsstand. Jetzt schreiten sie unter der Beschuldigung der Spionage in früherer Zeit zur Verhaftung von deutschen Beamten und Führern, um dadurch die Abwendung von Deputationsbesuchen an die Grenzfestsetzungskommission unmöglich zu machen. Die Beschuldigung in früheren Jahren angeblich begangener Spionage ist auf Grund des polnisch-deutschen Amnestieabkommens hinfällig geworden.

Der Schmerz der Deutschnationalen.

Wer uns heute regiert.

R ü r i s, Eisenbrecher und Arbeitersekretär, Oberpräsident von Schleswig-Holstein. — P h i l i p p, Eisenbrecher und Arbeitersekretär, Oberpräsident von Schlesien. — S c h u l z, Torpedobrecher, Ernährungsminister in Schleswig-Holstein. — W i n n i g, Maurer und Parteisekretär, Reichsminister für den Osten. — S t a n i g, Fabrikarbeiter, Regierungspräsident in Arnberg. — A b b r i n g, Arbeiter und Parteisekretär, Polizeipräsident in Königsberg (ist vorbestraft einmal wegen Körperverletzung, so zweimal wegen Beleidigung und Hausfriedensbruch). — Aus dem obigen Werbeblatt Nr. 74 der deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle, ersehen wir mit Erstaunen, daß die Arbeiter als Arbeitersekretäre usw. eine ganze Reihe von Verwaltungsstellen besetzt haben. Ihre außerordentliche verwaltungsmäßige Erfahrung in großen Werkstätten und Parteigruppen, ihr weitgehendes soziales Verständnis und ihre bei Verhandlungen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern großgeübte Verhandlungsgeschicklichkeit machen sie außerordentlich befähigt dazu. Auch daß die Regierung sich nicht geschämt hat, tüchtige Männer, wie Abbding, obwohl sie Strafen erlitten haben, zu Polizeipräsidenten zu ernennen, deshalb wollen wir ihr danken. Wir Sozialdemokraten wissen ja, Strafen, die uns der Kampf mit dem früheren Regime eingebracht hat, das sind unsere Orden und Ehrenzeichen!

Millardengewinne der Kalkwerke.

In einer landwirtschaftlichen Kalk-Interessentenversammlung der letzten Tage wurde von einem der führenden Leute auf dem Gebiete des Kalkhandels die interessante Mitteilung gemacht, daß die deutsche Kalk-Industrie im Ausland das Vierfache des Inlandspreises erzielt. Die vom Reichslandrat festgestellten Preise für hochwertige Kalkfasse, die im Ausland besonders gesucht werden, betragen bis 165 Mk. für den Doppelzentner, demnach werden Auslandspreise bis zu 6000 Mark für den Doppelzentner erzielt. Das grenzt uns Un glaubliche, scheint aber doch zu stimmen. Rechnet man mit einem Auslandsabzug von etwa 2 Millionen Zentner (im Frieden war der Satz beträchtlich höher), so ergeben sich Milliardenwerte, die nicht das Reich, sondern die Interessenten einfließen. Die Sache hat aber auch nach anderer Seite hin ihre Bedeutung. Eine große Anzahl Kalkwerke ist außer Betrieb wegen des Fehlens der Kohle. Können sie in Betrieb gesetzt werden und kann die Kalkindustrie hinreichend mit Kohlen beliefert werden, so ist die Kalkindustrie ein Milliposten in unserem Wirtschaftsleben, von dem die wirtschaftliche Gesundung ganz wesentlich abhängt. Kalk bedeutet Brot im Innern und Kaufkraft nach außen. Wir müssen daher der Entdeckung der Kohstoffquellen die größte Aufmerksamkeit widmen.

Es ist bedauerlich, daß die bürgerlichen Parteien den sozialdemokratischen Antrag ablehnten, die Rohita-Gewinne bei der Ausfuhr deutscher Waren restlos dem Reiche zu überweisen. Es muß erneut verlangt werden, daß die Verstaatlichung der Kalkbergwerke schnellstens vorbereitet werde und daß, solange die Sozialisierung nicht durchgeführt ist, dem Reiche wenigstens die Differenz zwischen dem im Inland und dem im Ausland erzielten Preis zugute kommen.

Ueberstunden im Dugau-Oelsitzer Kohlenrevier.

Den P. P. R. wird aus Dresden geschrieben: Der Arbeitsminister hat sich an die Organisationen des Dugau-Oelsitzer Bergbaus mit dem Hinweis gewendet, daß zur Behebung der Kohlennot die Bergarbeiter täglich eine Ueberstunde machen sollten. Sie würden hierfür dieselben Löhne unter denselben Arbeitsbedingungen erhalten, wie die Bergarbeiter des Ruhrreviers und außerdem extra pro Kopf und Woche ein Pfund Brot und Spud. Die Organisationen der Arbeiter sind grundsätzlich dazu bereit. Es wird nur darum, die einzelnen Bergschaften darüber abgestimmt zu werden. Es ist ferner zu wünschen, daß die Ueberstunden in einigen Tagen bekannt werden.

Anmeldung Deutscher zur polnischen Stammrolle.

Nach einer Meldung der „Danziger Neueste Nachrichten“ haben sich die im Stadtdistrikt Bromberg wohnenden Kerkze, Apolthener und ehemalige Offiziere der preussischen Armee, sowie diejenigen Personen, die das „Einjährige“ erworben haben, soweit sie das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, im Militärerzbureau zur polnischen Stammrolle anzumelden.

Die Werbung für die Fremdenlegion.

Wie launlos und unmißverständlich die Werber der Fremdenlegionäre im besetzten und neutralen Gebiet arbeiten, zeigt ein Vorfall, den die Enifer Zeitung berichtet. Seit zwei Monaten wurde ein 18-jähriger Semikarist Paul Korbach vermisst. Jetzt fandte er seinen Eltern eine Karte aus Algier, worin er mitteilt, daß er in der Fremdenlegion sei.

Danziger Nachrichten.

Danzigs äußerliche Oberhoheit.

Seit Mittwoch auch öffentlich bemerkbar geworden. Auf der amtierenden Residenz des Oberkommissars Löwer, dem Gebäude des früheren Oberpräsidiums, weht seit gestern die Danziger Flagge. Und zwar geschieht dies auf besonderem Wunsch des Oberkommissars. Als Beweis der Höflichkeit des neuen Danziger Herrn auf diese Aufmerksamkeit gewiß zu schätzen.

Im Übrigen halten wir es doch weiter mit kassallem Einsicht, daß nicht die Flagge, sondern die Macht das Recht gibt. Um in dieser Hinsicht entwickelte sich gestern mittag vor dem General-Kommando ein höchst bemerkenswertes und sehr lehrreiches Schauspiel. Der englische General Gayling und der französische General Dupont nahmen im Weisheit Sir Reginald Löwer, die Antrittsparade über die in Neufahrwasser stationierte französische Truppenabteilung ab. Daran schloß sich, ebenfalls mit Musik, der Vorüberzug der englischen Fahnenkompanie. Dieses militärische Schauspiel war die internationale Wirklichkeit Danzigs. Vor allem konnte man an der französischen Truppe erkennen, wie gründlich die Entente ihr stets heilig beschworenes Versprechen, die Welt vom Militarismus zu befreien, erfüllt haben. Die Gebräuche des französischen Truppenkorps sind für deutsche Begriffe ganz und gar unverständlich.

Keine militärische „...garde“?

Von einem Parteigenossen erhalten wir folgende Bemerkungen: Die am Mittwoch an dieser Stelle abgedruckte Zuschrift eines kürzlich demokratischen über mangelhafte nationale Selbstachtung war sehr lehrreich. Vor allem interessierte mich, was er über das monarchistische „Anliegen“ der hiesigen Unabhängigen durchaus richtig ausgeführt hat. Nur hat er noch manches übersehen, was notwendig hierher gehört. Dazu rechne ich vor allem, daß die Unabhängigen sogar ihre Scheu vor dem „Militarismus“ ganz und gar abgelegt haben. Tatsächlich hat doch Danzig den Militarismus niemals so wie jetzt kennen gelernt. Fast gleich die Stadt einem internationalen Wallenstein Lager, überall drängen sich im Straßenleben militärische Uniformen hervor. Englische, französische und polnische Offiziere und Soldaten sind in bunter Reihe überall zu sehen. Die englischen Truppenuniformen sind den ganzen Tag durch die Stadt, als ob es sich um ein wirkliches Kriegslager handelte. Paraden gibt es am Sonntag und außerdem auch noch mit allem Klingling und Lamtam. Die ausländischen Soldaten tragen ständig das Seitengewehr und die Engländer meist noch ein spanisches Rohr, das zum Stützen viel zu kurz, wohl aber sonst verwendbar ist. Das für deutsche Verhältnisse unübliche Gehen mit der Mütze auf dem Kopf in den Straßen hat mit Recht die „Volksstimme“ bereits gerügt. Alle diese Dinge hätten die „Unabhängigen“ gegen deutsche Soldaten mit höchstem Zorn erfüllt. Ein Donnerwetter nach dem andern wäre deshalb auf die Klaffen der gotterdbebauten Militarismus niedergegangen. Den ausländischen Machthabern gegenüber aber schmeigt man wie der — getreueste Knecht. Die Schutztruppe des freien Volksstaates Deutschland wurde täglich von der unabhängigen Entente heruntergerissen und der Entente als verwegener Überläufer aufrecht erhalten. Militarismus demütiert. Die „Volksstimme“, die in der Reichswehr ihr Leben einsetzte, um Deutschland vor den skribolen Putschern der Unabhängigen und Spartakisten zu retten, wurden in jeder Form aufs gemeinste beschimpft. Kleinmänner wie „Kostehunde“ und „Kostgarde“, waren bei echten Unabhängigen mögliches Brot geworden. Gegen den unverfälschten Militarismus der Entente-Sieger mag man dafür, daß es ein wahrhaft „revolutionärer“ Charakter gezeigte, auch nicht ein kritisches Wort sagen. Die Träger der Kleinakbrigen der Sieger von Versailles scheinen unseren unabhängigen Unentwegten tadellos, ob-

wohl General Gayling bereits ganz ausdrücklich erklärt hat, daß spartakistische und bolschewistische Bestrebungen unter keinen Umständen geduldet werden würden.

Trotzdem wird in der unabhängigen „Elbinger Volksstimme“ am 17. Februar, zum Schluß eines Lobgesanges auf Reginald Löwer, den der aufrechte Engländer von dieser Seite am besten würdigen wird, wahrhaft liebevoll von einem Danziger Mitarbeiter geschrieben: „Von der englischen Garnison kann man bis jetzt nur so viel sagen, daß die Soldaten sich durchaus ruhig und anständig benehmen und daß auch Anfreundungsversuche vorhanden sind.“ „Vorhandene Anfreundungsversuche“? Was mag das wohl bedeuten? Eine Übung dämmert mir allerdings. Wollten nicht gewisse Danziger unabhängige Weltverbesserer das nach hier kommende Entente-Militär „revolutionieren“, um so den hohen Siegemarsch der bisher erst jagengrau geliebten Weltrevolution zu beginnen? Sollen die famosen „Anfreundungsversuche“ etwa nach jener Richtung deuten? Das deutsche Volk kann ehrlieh stolz darauf sein, daß es von denselben Unabhängigen, die so unendlich viel ausländisches — Verständnis besitzen, trotz seiner freihetlichen Entwicklung herabgewürdigt worden ist.

Selbst die bei ihnen zuerst unvermeidlich belächelten und stets stark gefärbten Banntafeln gegen Kapitalismus und Imperialismus haben die Herren Unabhängigen ganz verlernt. Vor den heiligen Fahnen des Entente-Kapitals sinken sie reumütig in die Knie und schwören alle Sünden gegen den geliebten Götzen St. Mammon ab. So liest man in dem schon erwähnten Danziger Aufsatz des „Elbinger „unabhängigen“ Blattes gar lieblich wie in einer Sonntagsgeschichte:

„Vor allem soll man keinem Menschen und auch dem Gegner, nicht unterstehen, was er selber nicht will. Die Engländer wollen sich hier wirtschaftlich festsetzen, gewiß. Aber sie werden uns im übrigen jede Freiheit lassen, die man in England auch hat.“

Nicht einmal Irlands Not beschämte diesen Danziger allgetreuesten Untertanen der weltbeherrschenden Allmacht Großbritannien, als er dies stolze Bekenntnis aufrechten Mannes müde niederschrieb. Aus den für regelrechte unabhängige Gefühle sonst unähnlichen schmerzlichen Todsünden des imperialistischen Kapitalismus und seiner Verflüchtigung fremder Völker wird hier mit der Schwermütigkeit höflicher Lakaien kindlich harmlos wirtschaftliche Festsetzung und eine gar süße „Gewährung jeder Freiheit“. Gegen das demokratisch-sozialistische Deutschland fanden dieselben Demagogen ganz andere Töne. Was sind gewisse „revolutionäre Gelder“ und „Kreditaktoren“ doch für erbärmliche Ariecker.

Berlumpfte Rohheit.

Der Verein der Unabhängigen in Neufahrwasser veranstaltet am Sonntagabend eben im Lokal „Zur deutschen Flotte“ einen sehr vornehmlich ganz gefinnungslosigen „Lumpenball“ in naturgemäß streng geschlossener Gesellschaft. Die sinnige Veranstaltung leitet ein Herr Peitze, dessen Kalter zu solchen angenehmen Arrangements auch nicht gut bestritten werden kann. Seine Wandelbarkeit steht ganz sicher zu seiner jetzigen „revolutionären“ Charakterfestigkeit im richtigen Verhältnis. Das Programm bringt die geschmackvollsten Versprechungen, so auch eine eigene Lumpenspende mit Kombitorie und Schlächtereie. Das Prachtstück jedoch geniesse man im Urtege des Programms:

„Auch findet die Beerbigung eines Scheinsozialisten statt.“

Diese unsagbare Rohheit steht als festgedrucktes Inzent in demselben „Freien Volk“, das noch vor wenigen Tagen jesuitisch schrieb, daß im politischen Kampf auch der — Anstand gewahrt werden müsse! So sehr wir stolz darauf sein können, daß Gegner der Sozialdemokratie auf eine solche Stufe herabstinken, so sehr schmerzt es uns, daß auch nur einige Arbeiter noch jenen Tönen folgen, die solche Erbärmlichkeiten unter dem Deckmantel des Sozialismus verüben.

Der Zentralverband der Hausangestellten

tritt in Tarifverhandlungen mit dem wirtschaftlichen Hausfrauenbund ein. Es wäre jetzt nötig, daß alle Gewerkschaftsleiter, deren Töchter sich in häuslicher Beschäftigung befinden, die Zentralverbände der Hausangestellten zuführen. Wissen doch die Kollegen am allerbesten, was eine starke Organisation im wirtschaftlichen Kampf bedeutet. Der Verband der Hausangestellten hat in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht. Am 23. März feiert er im Cafe Derta sein 10. Stiftungsfest. Das Verbandsbureau befindet sich Vorstadt, Graben 161 und ist täglich von 4—8 Uhr nachm. geöffnet.

Christentum und Sozialismus.

Man schreibt uns: Der Verein für Evangelische Freiheit veranstaltet am Dienstag, den 24. Febr., abends 7 Uhr in der Aula des Realgymnasiums St. Johann (Stellbergstraße) über dieses Thema einen Diskussionsabend. Pastor Wegel wird Beiträge vorlegen und erläutern, auf die Amtsrichter Dr. Zini in einem Korreferat antworten wird. Es ist dies eine der wichtigsten Fragen unseres Volkslebens. Viel Unwissenheit, Vorurteil und Verständnislosigkeit herrschen darüber noch in den weitesten Kreisen unseres Volkes. Was Sozialismus ist und was ist wenig bekannt. Dagegen wird das Christentum aus Unwissenheit und Entstellung vielfach falsch beurteilt. Zu einer Klärung und Aufklärung möchte der Abend beitragen. Wenn Deutschland aus der Not geholfen werden und es noch eine Zukunft haben soll, muß eine Annäherung erfolgen zwischen Christentum und Sozialismus bzw. Kirche und Sozialdemokratie.

Danzigs Petroleumversorgung.

Der Magistrat schreibt uns: Wir verweisen nachträglich auf die Bekanntmachung im gestrigen Angeigenteil betreffend den Aufruf von Petroleum. Das Reich hat nach der Abtrennung Danzigs die Versorgung des freiwirtschaftlichen Gebietes mit Petroleum eingestellt. Es ist jedoch dem Magistrat durch Vermittlung hiesiger Großfirmen gelungen, ein größeres Quantum Petroleum in das freiwirtschaftliche Bereich zu bekommen. Bei Aufrechterhaltung der bisherigen Rationierung wird die zur Verfügung stehende Menge genügen, um den Bedarf des gesamten freiwirtschaftlichen Gebietes dieser Leuchtperiode zu decken. Inzwischen sind Verhandlungen mit den Polen angeknüpft worden, die einen günstigen Verlauf nehmen, jedoch zu hoffen ist, daß Danzig für die weitere Zukunft in ausreichendem Maße aus den polnischen Erdölbezirken mit Leuchtpetroleum und anderen Erdölen wird versorgt werden können.

Hoffentlich ist hiermit nicht bloß ein frommer Wunsch mehr in die Welt gesetzt. Die Verweigerung der Kartoffel- und Milchzufuhr durch Polen dämpft die Erwartungen auf das polnische Petroleum zu gewaltig.

Keine Wahl von Elternbeiräten in Danzig. Bekanntlich hatte der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die Wahl von Elternbeiräten für die Schulen angeordnet. Die Regierung in Danzig hatte auch bereits als Wahltermin den 1. März bestimmt. Bisherige waren die Vorbereitungen zur Wahl durch die vorgeschriebenen Ausschüsse auch schon erfolgt. Nunmehr hat die Regierung zu Danzig verfügt, daß in den an den Freistaat Danzig fallenden Gebietsteilen von der Vorbereitung zur Wahl der Elternbeiräte Abstand zu nehmen ist. Für das Abstimmungsgebiet ist eine Hinanschiebung der Wahl von Elternbeiräten beabsichtigt beantragt worden.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich am Mittwoch beim Holzfließen zugetragen. Der Arbeiter Wladislaus Floski, der im Krenzauer Walde arbeitete, wurde von einem Baum so schwer verletzt, daß er nach Einlieferung in das Krankenhaus den Verwundungen erlag.

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angengruber.

(Fortsetzung.)

Bürgerl aber sagte verdrießlich: „Ja, aber wenn du das sein willst, so halt dich dabei sein grad, mußt mich mit noch kleiner machen, als ich eh bin, und — siehe sie laufend hinzu — so groß bist du auch noch lang nit, wie ich klein bin.“

Sie hing sich in den Arm Magdalena's und führte sie in den Garten. Da dieser nun bis auf das letzte Fleckchen abgegangen wurde, Baum für Baum und Strauch für Strauch, dann Beet für Beet, wie sie der Reihe nach mit Gemüse, Kup-, Argrei- und Zitruspflanzen standen, und zu guter Letzt noch der kleine, eigens für Bürgerl abgegrenzte Raum, so verstrich darüber Zeit und Weile. Während dieser Wanderung fiel Magdalena an ihrer kleinen Begleiterin eine eigene Anruhe der Gliedmaßen auf, ein Zucken der Hände und Füße, und das Kind tat manchen schmerzlichen Blick nach ihr, ob sie es etwa deshalb beobachte.

Die Sonne begann zu sinken, als der Graboden-Bauer über den Hof geschritten kam und über den Gartengraum rief: „Bürgerl, der Ferkel fährt heim!“

Die beiden Mädchen liefen Arm in Arm aus dem Garten. Der alte Bauer strich über den Krautstapel der Entlein, lächelte ihre Wangen. „Sei nur sein brav und bet fleißig, Bürgerl, so wird dir der Heide Gott schon noch Gesundheit schenken.“ Dann legte er die Hand auf Magdalena's Schulter. „Der Herr segne deinen Eingang in das Haus! Rühlest was, wird dich der Bergessen helfen.“

Damit ging er nach dem Wägelchen, Bürgerl folgte ihm dahin und der Graboden-Bauer, an Magdalena vorbeischießend, hästerte ihr zu: „Gewiß nit, jähst dir ja wochschäftig kein Freud damit.“

Die Männer schüttelten sich die Hände, Gieß hieß die Pferde und der Wagen fuhr davon.

Als vom Turme das Abendgeläute erklangen war, ging der Bauer mit den beiden Mädchen in das Wohnhaus, in dem für Stunden zwei Türen offen, aus der einen schlug das Gepraßel und der helle Schein des Herdfeuers, aus der andern tönte vielstimmiges Gemurmel, die erste führte in die Küche, wo ein paar Dirnen hantierten, die zweite in die Schlafkammer, wo Annette und Magde an einem langen Tische saßen und auf das Abendessen warteten. Bürgerl sagte Magdalena an der Hand und stieg mit ihr die Treppe hinauf, der Bauer trat in die Schlafkammer, hatte für jeden und

jede, je nachdem der verfloßene Tag Anlaß bot, eine Vermahnung, eine Frage oder ein gutmütiges Mißwort, er wartete, bis die dampfenden Schöpfeln aufgetragen wurden, dann betete er laut vor und ging, nachdem er ein „Bekomms euch“ und „Gute Nacht“ geboten und empfangen.

Er ging nach seiner Stube, die im Stadwerke lag; dieselbe enthielt außer einigen altertümlichen Geräten, darunter ein paar Eichenstühle mit kunstvoller Schnitzerei, auch etliche neue Stühle, die sonst nicht in Bauernstuben in Gebrauch stehen, besonders der große Schlafdivan nahm sich etwas fremd dabeist aus. Der runde Tisch, um welchen die kleine Bürgerl und Magdalena saßen, war mit keiner Tischdecke belegt.

Die verstorbene Bäuerin mochte ihre Mahlzeiten nicht unter den Augen des Gefindes halten, nur an besonders hohen Festtagen machte sie eine Ausnahme, sah mit demselben an einem Tische und zeigte sich als feigeigige Wirtin, dann hoch her und wurde festlich gefastet; sonst sah sie die erste Zeit allein mit ihrem Manne, dann zu dreien, als die kleine Bürgerl hinzukam. So war es bis zu ihrem Tode, vor etwa fünf Jahren, gehalten worden. Dann nahm der Bauer mit seinem Kinde den Platz oben an am Gefindefische ein, nur für kurze Zeit, denn bald verließ ihn die Krankheit, welche die Kleine heftig, legte den Beuten aus dem Gefinde zu rücken und allein mit ihr wieder auf seiner Stube zu bleiben.

Als er sich zu den beiden Mädchen an den Tisch gesetzt hatte, trug eine alte Magd das Essen auf.

„Geseht“, sagte der Bauer.

„Ja“, sagte die Alte.

„Da haben wir eine neue Dirn kriegt.“

„So?“

„Zal heißt sie.“

„Denst?“

„Is der Bürgerl zu Lieb aufgenommen.“

„Abant!“

„Ich denke, sie soll heut noch in der Schlafkammer sein.“

„Freilich.“

„Das Weiteres muß sich halt schicken.“

„Is eh so.“

„Zah das Bett gerichtet wird, hab ich schon der Traudl gesagt.“

„Geseht.“

„Schar du nach, ob auch alles in Ordnung is.“

„Ja“, sagte die Alte und schlich sich schwerfällig hinweg, wie sie gekommen war.

„Aber, Vater, sie kann ja doch heut gleich in mein Stüber schlafen“, sagte Bürgerl, auf Magdalena weisend. „Du hast dich jetzt schon die längst Zeit her beholfen, gönnt dir eine Ruh und bleib heut, sie geht schon mit mir.“

„Weden, Bürgerl, es ist die erste Nacht“, entgegnete der Vater. „Das Kind machte eine ungewöhnliche Gebärde.“ „Einmal muß sie ja doch zu mir.“

„Freilich wohl, aber so ohne Arg nit, morgen ist ja auch ein Tag, da kann man sie bedeuten.“

„Rein“, rief heftig die Kleine dazwischen.

„Denk nur, wenn es dich heute zu überkommt.“

„Ich fürcht es nit“, sagte Bürgerl, doch schauerte sie leicht zusammen. „Dah sie nur mit mir gehen.“

„Ich lieb sie ja gern“, sagte der Bauer, sich erhebend.

„Du laßt sie, Vater?“ rief aufstrebend die Kleine und streichelte ihm die Hand.

„Aber wär nit gesehter, Bürgerl.“

„Rein“, sie knippte mit den Fingern.

„Meinestwegen“, sagte der Graboden-Bauer, es stand eine Weile unentschieden. „Geh ich best jetzt und lasses dich schlafen nochmal in Haus und der was. Gute Nacht.“ Nachher und kopfschüttelnd stieg er die breite Treppe, die nach dem Erdgeschoße führte, hinauf, während Bürgerl die schmale, steile Treppe, die unter das Dach führte, behend hinan eilte. Also sie wachte unterm Stibel. „Komm Lent“, rief sie.

Als diese ihr folgen wollte, ward sie von Seferl, die das Uhrzeug wächte, am Arme festgehalten. „Dah du es wilst, hästerte ihr die Alte zu, „Nicht und Feuerzeug stehen auf dem großen Waschkasten. Hast ein schwarzes Kreuz auf dich genommen, Gute Nacht!“

„Lent“, rief es von oben.

Magdalena eilte die Stufen hinan und oben traten die beiden Mädchen in das kleine Stübchen.

„Solln wir uns nit Licht machen?“ fragte Magdalena.

„Wozu?“ fragte Bürgerl entgegen. „Es ist hell genug, daß mir allwo in dem Stübchen, das mein steht da, das deine an der Wand gegenüber. An dem Waschkasten neben der Tür und an dem Waschkasten zwischen den Fenstern kannst dich nit stoßen, wärnt du es nit dem kleinen Tisch und den zwei Stühlen nit lust, so wilst ich nit, wilst du es sonst zwinwegen brächtest, denn wilster is nit da.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Lohnbewegung im Baugewerbe.

Dem Kampf entgegen.

Vom Deutschen Bauarbeiterverband wird uns geschrieben: Am Sonnabend, den 14. Februar, brachten die Danziger Zeitungen unter der Aufschrift „Einigung im Baugewerbe“ die Vereinbarung über die Teuerungszulagen für die Beschäftigten im deutschen Hoch- und Tiefbaugewerbe.

Von verschiedenen Seiten sind wir angefragt worden, ob diese Vereinbarungen auch für Danzig zutreffen. Diese Vereinbarungen wurden zwischen dem bauseigenen Arbeiterverband und dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und dem Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes getroffen. Bis zum 10. Januar d. J. gehörten die Danziger Unternehmer diesen Verbänden an. Mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages traten sie aus dem Bunde aus. Die Arbeiterorganisationen gehörten nach wie vor den deutschen Gewerkschaften an und werden sich auch von diesen nicht trennen. Es zeigt sich wieder, daß das Vaterlandes ärmlicher Lohn auch sein treuer ist.

Die Verhandlungen über die Gewährung einer Teuerungszulage begannen im November v. J. Sie wurden unterbrochen durch nachfolgende Erklärung vom 10. Dezember 1919 des Bundesverbandes des Arbeitgeberverbandes:

Nach dem Reichsarbeitsministerium ist die Erklärung abzugeben: Das Reichsarbeitsministerium erklärt, daß es bei der Reichsregierung mit allen Kräften dafür eintreten wird, daß diese aufgrund der Verordnung vom 17. April 1919, Reichsgesetz Nr. 449, nach im Monat Dezember 1919 eine Verordnung herausgegeben wird, durch die die Bauauftraggeber Reich, Bundesstaaten, Gemeinden, Private usw. verpflichtet werden, eine zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden vereinbarte neue Teuerungszulage zurückzuführen. Und wird bereit, unsere Tätigkeit entgegenzusetzen, eine erste Rate der neuen Teuerungszulage, deren Höhe vom Reichsarbeitsministerium vorgeschlagen ist, vom 11. Dezember an zu zahlen. Als Stundenlöhne gelten die vom 1. Januar 1920 an. Und 18. August dieses Jahres festgesetzten oder durch Schlichtung des Haupttarifamtes erlassenen Stundenlöhne. Die vorgeschlagene erste Rate soll in Prozenten angebracht werden auf die Stundenlöhne beziehen. Soweit größere Ermäßigungen unter dem Vorbehalt der Aufrechnung gemacht sind, soll diese Aufrechnung hierbei erfolgen. Sobald die Verordnung der Reichsregierung veröffentlicht ist, sind wir bereit über den Rest der Teuerungszulage unter der Leitung des Reichsarbeitsministeriums mit den Arbeiterzentralverbänden weiter zu verhandeln. Beim Tiefbau hat diese Vereinbarung für Berlin keine Gültigkeit. Die bestehenden Differenzen zwischen den Löhnen beim Hochbau und den Spezialarbeitern des Schornsteinbauwesens 10 Mg. bis 30 Mg. werden nicht herabberührt.

Als erste Rate wurden 10 Proz. bewilligt. Am 25. und 26. Januar d. J. fanden die weiteren Verhandlungen statt, die eine Einigung nicht brachten. Sie erfolgte erst am 13. Februar. Die im Dezember bewilligte Vorrichtung wurde uns erst nach vielen Beratungen auch zugesandt.

Unter dem 10. Januar 1920 bekamen wir vom Westpreussischen Landesverband der Arbeitgeber im Baugewerbe nachfolgendes Schreiben:

An den Deutschen Bauarbeiterverband, Zweigverein Danzig.

Der von Ihnen beschlossene Antrag hat sich der Westpreussische Landesverband der Arbeitgeber im Baugewerbe aufgelöst und

ist mit allen seinen Ortsverbänden aus der Zugehörigkeit des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Berlin ausgeschlossen.

Wir machen hiermit ergebenst Mitteilung.

Der Vorstand, Richter.

Durch diese Mitteilung waren wir gezwungen, selbständig zu handeln und haben aufgrund der im Dezember begonnenen Verhandlungen vom Arbeitgeberverband gewünscht, uns Zeit und Ort der Verhandlungen zu nennen. Eine Verhandlung hat bis heute noch nicht stattgefunden. Auf Anfrage, was der Arbeitgeberverband in dieser Angelegenheit zu tun gedenkt, bekamen wir die Antwort, daß die Sache „höheren Orts“ übergeben sei. Unser Tarifvertrag ist zwischen uns und dem Arbeitgeberverband abgeschlossen. Beide sind wir Tarifkontrahenten. Erst müssen doch diese beraten, bevor dritte Personen mitreden. Im übrigen ist doch die Sache nicht neu. Denn im Dezember wurden die Verhandlungen aufgrund der Erklärung des Arbeitgeberverbandes unterbrochen. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Baugewerbe hat sich aufgrund des Tarifvertrages in den letzten Jahren nicht verschlechtert, im Gegenteil, es hat sich verbessert. Wenn jemand das gute Verhältnis zerstört, dann sind es die Scharfmacher im Arbeitgeberverband. Sie unterminieren Treue und Glauben durch ihre unehrlichen und unsauberen Manipulationen. Den Schaden davon hat die Gesamtheit. Der Übermut einiger Scharfmacher will hunderte fleißige Hände zu müßigem Tun verurteilen. Der Fuß soll den Bauarbeitern auf den Rücken gesetzt werden, damit ihnen schärfer zum Bewußtsein kommt, daß sie nur Untergebene sind. Untergebene, die wohl ihr Fell zu Markte tragen dürfen, aber sonst nichts zu sagen haben. Sie sollen wieder zittern, wenn der „Bauber“ über den Bauplatz geht. Eine Hungerkur soll ihnen das beibringen. Einen frivolen Machtkampf wollen einige Scharfmacher vom Tische brechen. Der Kampf gegen die Arbeiterorganisationen treibt sie dazu. Weil die Arbeiterorganisationen es vermocht haben, der neuzeitlichen Gewerbeordnung die Bahn zu brechen, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie es in den Tarifverträgen zum Ausdruck kommt, zu sichern. Die Bauarbeiter sollen wieder zur Schmachtheit verurteilt werden, damit die Scharfmachervillwaller wieder ihre Triumphe feiern kann. Anders fühlt sie sich nicht wohl. Deshalb Zurückweisung einer vielversprechenden Entwicklung, heißt wenn Hunderte von Familien in Not gebracht werden. Sie gehen daran achlos vorüber.

Der Gegenwärtigkeit der Scharfmacher ist die Gewerkschaften auf die Arnie zu zwingen. Wir kennen diese Methode aus früheren Jahren: „Wenn es dir nicht paßt, kammt du gehen.“ Darum wurde den Forderungen der Arbeiter kein Gehör geschenkt. Der Scharfmacher will herrschen. Menschrechte gehören seiner Meinung nach in die Kammerkammer.

Mögen sich die Scharfmacher nicht verrechnen. Die Bauarbeiter haben keine drückende Fabrikluft geatmet, sie werden für ihre Freiheit zu kämpfen wissen. Und dafür werden sie die größten Opfer bringen. Wird uns der Kampf aufgezwungen, so kämpfen wir, weil wir von der Gerechtigkeit unserer Sache überzeugt sind. Gegen Scharfmachertribunalität, für gerechten Ausgleich der Interessen zum Nutzen und Wohle des gesamten Baugewerbes.

Bewerkchaftliches.

Einführung von Indeziffern.

Das Zusammenarbeiten der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeuger- und Verbrauchervertretungen hat bereits eine erfreuliche Übereinstimmung in verschiedenen wesentlichen Grundfragen bezüglich der Ernährungslage zutage treten lassen. Insbesondere bezieht sich dies auf die Zweckmäßigkeit der Einführung von Indeziffern und auf die Notwendigkeit, die übermäßig hohe Spannung zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis zu verringern.

Genossenschaftliches.

Genossenschaftler im Kriege.

In der englischen Konsumgenossenschaftszeitung findet sich folgende Geschichte, die der amerikanische Konsul der französischen Stadt Chateau Thierry dem Vorsitzenden des amerikanischen Genossenschaftsbundes, Herrn Dr. Barbasse, erzählte:

Die Deutschen hatten die Stadt bombardiert, wobei manches Gebäude zerstört wurde. Dann marschierten sie ein und die Bevölkerung flüchtete aus dem Ort. Unter den noch unbeschädigten Häusern befand sich auch der Konsumvereinsladen. Der Geschäftsführer entschloß sich, zu bleiben, in der Hoffnung, etwas von dem Eigentum zu retten. Mit einigen seiner Verkäufer blieb er in der Stadtruine, in der verwüsteten Umgebung auf die einbrechenden Heere wartend. Die Soldaten kamen hinein, sahen, was sie brauchten rasch — ungläublich, bezahlten es! Der Geschäftsführer stammte. Andere kamen, gaben ihm die Hand und wünschten ihm viel Glück. Vor Verwunderung über die Ursache der Freundlichkeit der einbrechenden Hunnen (!) war der Geschäftsführer verblüfft, bis ihn einer der Verkäufer nach drinnen rief. Da fand er unter dem Namen des Ladens, der seinen genossenschaftlichen Charakter verriet, die folgende Uebersetzung geschrieben mit dem Satze: „Dies sind Konsumgenossenschaftler, schont sie!“ Zum erstenmal vielleicht sah er die weltweite Brüderlichkeit verwirklicht, die in der Genossenschaftsbewegung eingebegriffen ist.

Wir müssen, daß solche Fälle nicht etwa vereinzelt dastehen, und zwar nicht nur, wenn zufällig deutsche Genossenschaftler fremden Genossenschaften gegenüberstanden, sondern daß in zahllosen Fällen der Geist der Menschlichkeit und der Achtung vor fremdem Besitz die Handlungen unserer deutschen Brüder im Kampftrode geleitet hat. Bedauerliche Ausnahmen bestätigen die Regel, und unter allen Umständen. Um so schlimmer ist es, daß uns noch nach Friedensschluß der Name „Hunne“ angehängt wird und daß man das durch den Hunger, die Angst vor übertriebener Maßnahmen, besiegte Volk in der brutalsten Weise vergerächtigt und durch Verleumdungen in seiner Hilfslosigkeit zu demütigen und zu bedrücken sucht.

Aus aller Welt.

Räubertum in Oberschlesien.

Die Ungeheuerlichkeit des Verbrechertums in Oberschlesien, die u. a. dadurch zum Ausdruck kommt, daß von dem Kriegsgeschehen in Leuthen, Oberschlesien, nach der Aufhebung des Belagerungszustandes nicht weniger wie zwanzig zum größten Teil unaufgeklärte Mordtaten und sechzig Fälle schweren Raubes an die bürgerlichen Gerichte abgegeben werden mußten, erfährt durch eine förmliche Epidemie sadistischer Raubtaten eine neuerliche Bereicherung. Von bisher unermittelten Verbrechern werden in allen möglichen Gegenden des Industriebezirkes gut gekleidete Personen auf den Landstraßen oder in der Nähe der Industriestädte völlig ihrer Bekleidung beraubt und nackt und bloß, trotz der starken Kälte, nicht einmal mit dem Hemd bekleidet, auf den Heimweg geschickt. Mit Revolvern bewaffnete Burchen zwingen die Menschen, sich völlig zu entkleiden. Zwischen männlichen und weiblichen Personen wird hierbei kein Unterschied gemacht. Mehrere solcher Fälle werden dem „Bannerer“ aus der Laurahütte und Beuthener Gegend gemeldet. Am Eingang der Stadt Königshütte wurde auf diese Weise ein junges Brautpaar guten Standes vollständig entkleidet. Bei Rydzan im Rybnitzter Bezirk wurde eine junge Kloster-Schwester vollständig ausgezogen. Die vertierten Burchen gaben dem armen Wesen danach einen Knaps und rieten ihm, schleunigst nach Hause zu gehen, da es sich sonst erkälten werde. In den Räubern vermutet man aus Polen zurückgekehrte Aufständische, die anstatt wieder an ihre Grabenarbeit zu gehen, diesen neuen Erwerbszweig aus Polen mitgebracht haben.

Berliner Heiratshochzeit.

Die für die Zeit nach dem Kriege erwartete Mehrung der Eheschließungen war in Berlin schon im Jahre 1919 sogleich sehr stark. Gewiß werden die Eheschließungen, die in den letzten Kriegsjahren aufgehoben und jetzt nachgeholt wurden, sehr erheblich daran beteiligt gewesen sein. Es scheint aber, daß auch sonst die Heiratslust, ungeachtet aller Unsicherheit des Erwerbslebens, beträchtlich zugenommen hat.

Im Jahre 1919 wurden in Berlin 28 383 Ehen geschlossen, sehr viel mehr als jemals in irgendeinem Jahre während der Friedenszeit. Die Jahre 1910, 1911, 1912, 1913, 1914 hatten 21 848, 22 672, 22 935, 21 164, 22 702 Eheschließungen gebracht, wobei für 1914 die Kriegstraumungen (allein 5793 im Monat August) ins Gewicht fielen. In den Kriegsjahren 1915, 1916, 1917, 1918 belief sich dann die Zahl der Eheschließungen in jähem Abnehmen auf nur 16 622 und 13 967 und danach in langsamem Wiederanstiegen (von 1917 ab) auf 14 343 und 16 181. Die ständige und außerordentliche Steigerung in 1919 auf 28 383 bedeutet eine Zunahme um 75 Prozent gegenüber 1918, um 103 Prozent gegenüber dem Tiefstand von 1916, um etwa 24 Prozent gegenüber dem Hochstand von 1912.

Die Heiratshochzeit, die uns das erste Jahr nach dem Kriege brachte, hat selbstverständlich auch den Bedarf an neuen Wohnräumen außerordentlich gesteigert und damit zu einer weiteren Verschärfung der Wohnungsnot beigetragen.

Allein in den Monaten Oktober, November, Dezember von 1919 wurden 8558, 2753, 2968, zusammen 9277 Ehen geschlossen, während z. B. in 1912 dieselben drei Monate 3645, 1850, 1866, zusammen 7361 Eheschließungen brachten.

Ein furchtbares französisches Verbrechen.

hat jetzt seine vollständige Aufklärung gefunden. Am 20. Dezember 1918 wurde die Studentin Marie Schauer, Tochter des Fahrstellers Schauer von der Grube Helmig bei Saarbrücken, auf einem Waldwege von einem Soldaten der französischen Besatzungsarmee überfallen und in geradezu bestialischer Weise mit dem Seitengewehr zugerichtet. Am anderen Tage ist sie gestorben, nachdem sie aber vorher dem französischen Kommandanten von Helmig, der zu ihr gerufen wurde, Mitteilung vom dem Verbrechen gemacht hatte. Trotzdem hat der französische General Fayolle die Begehung dieses furchtbaren Verbrechens entschieden bestritten. Jetzt hat unter Vorlegung des gesamten Beweismaterials die deutsche Regierung nochmals ausdrücklich die Bestrafung nicht nur des Mörders, sondern auch aller Personen verlangt, die versucht haben, die Untersuchung des Falles zu unterdrücken.

Todesstrafe auf den Lebensmittelsmuggel.

Den Lebensmittelsmuggel aus der Tschechoslowakei, der jetzt in sehr großer Wütle steht, will die tschechische Regierung ganz unterbinden. Sie bereitet einen Gesekentwurf vor, der auf Lebensmittelsmuggel die Todesstrafe androht.

Der verschwundene D-Zug.

Ein von der österreichischen Nordwestbahn gestellter, mit zwei Maschinen, Packwagen und zehn Personenwagen 2. und 3. Klasse ausgerüsteter D-Zug, der nach dem Weihnachtsfestigen Wiener Kinder zur Aufnahme bei Heidelbergberger Familien nach Heidelberg brachte und als Pendelzug zwischen Wien und deutschen Städten dienen sollte, ist nicht nach Wien zurückgekommen und wird seit jener Zeit vermißt. Trotz aller Bemühungen der verschiedenen Eisenbahnverwaltungen konnte der Zug bis heute noch nicht aufgefunden werden. Man vermutet, daß er irgendwo auf einem toten Gleis eines Vorshubbahnhofes steht; doch fragt man sich, wo die Beamten sind, die den Zug begleitet haben.

Eine Schneesturmkatastrophe in Amerika.

Der „Times“-Korrespondent in Newyork gibt seinem Blatte eine zusammenfassende Darstellung der gewaltigen Schneestürme, die zurzeit in Amerika wüten. Hunderttausende von Arbeitern können ihre Arbeitsstellen nicht erreichen, weil sie sich nicht durch die ungeheuren Schneemassen wagen können. Diejenigen, die auf die Bahnstationen gelangten, konnten nicht weiterfahren, da der Zugverkehr meistens unmöglich ist. Newyork und Boston sind von einer Kohlennot bedroht. Die Untergrundbahnen haben nur für zwei Tage Kohlenvorräte und es besteht keine Aussicht, daß vor mehreren Tagen Kohlen eintreffen. Die Schifffahrt in den Häfen ist auf Hunderte von Meilen unmöglich. Der Dampferverkehr wurde gänzlich eingestellt. Da der allgemeine Verkehr nur zu 25 Prozent aufrechterhalten werden kann, sieht man auch für Boston einen beträchtlichen Mangel an Lebensmitteln voraus. Die Wetterwarte sieht nach mehr Schnee voraus für die nächsten Tage. Der Tramverkehr ist ganz eingestellt. Tramwayen und Schneepflüge stehen mitten in den Straßen, wo sie gänzlich eingeschneit wurden und nicht mehr weiter konnten. Die amerikanische Regierung hat bei der Bekämpfung der Schneemassen zum ersten Male von einer Kriegswaffe Gebrauch gemacht. Sie schickte ein Detachement Soldaten mit Flammenwerfern gegen die Schneemassen vor, und soll guten Erfolg gehabt haben. Die Sommerfische der Newyorker in Coney Island und Manhattan Beach wurden zu Duzenden vom Sturm weggefegt. Der Schaden beläuft sich auf viele Millionen Dollar.

Dr. Hoff.

Seltene Begriffe über den Doktorittel und seine Bedeutung scheinen vielfach noch zu herrschen. Schreibt da jüngst ein biederes Kraftwagenführer an eine Zentralbehörde folgenden Brief:

„Ich, Otto K. K., beabsichtige, mich einer Prüfung zur Erwerbung des Dokortitels anzuwenden. Die Kraftwagenführer und darf wohl behaupten, mit genügender Kenntnisse über die Autotechnik erworben zu haben, jedoch ich glauben muß, ein tüchtiger Mensch zu sein und einer Prüfung sicher entgegenzukommen. Um gütige Berücksichtigung bitte in seiner Ehrerbietung

Otto K. K., Chauffeur in K.

Während andere einen lebhaften Kampf gegen alle Titel und Würden führen, wünscht Herr K. K. sich den „Dokortitel“ damit er seine Klienten und seine Hausfrau entsprechend verkörpern kann. Wie wir hören, sind die Behörden bereits dabei zu ergründen, welche Bezeichnung für diesen Fall in Frage kommen kann. Folgende Vorschläge wurden bisher diskutiert: Dr. Chauffeur, Dr. aut., Dr. benz., Dr. fig., Dr. Hoff. und Dr. tatulata. Vielleicht kann einer unserer Leser bei der Lösung dieser schwerwiegenden Frage behilflich sein, wenn nicht die Regierung vorziehen sollte, ein Preisanschreiben für die glücklichste Bezeichnung zu erlassen.

Humor und Satire.

Der Stammtisch. In einem Wirtshaus sitzen mehrere alte Herren am Stammtisch und sind — wie immer am Stammtisch — in eine lebhafte Diskussion über politische Probleme geraten. „Die Welt ist überhaup verrückt“, meinte Müller, einer von denen, die alles Neue als nicht gut verwerfen. „Mir kommt es vor, als ob alles umgedreht worden wäre.“ Währenddem bemüht sich ein anderer, seine Labatpfeife in Brand zu stecken. Er zündet ein Streichholz nach dem anderen an, bis endlich eines Feuer fängt. Er beobachtet dies und sagt: „Na ja, früher, als die Köpfe beider Streichholzgeräten auf der anderen Seite waren, brannten sie besser!“ (Simpl.)

Einige Szenen. In ein bekanntes Kunstgewerbehaus kommt eine reich gekleidete Dame und wünscht den Herrn Prinzipal sprechen. Der Herr Prinzipal erscheint.

„Bitte?“ — „Ich möchte gern einen Barockschrank haben.“ — „Ja. Wenn Sie sich in den ersten Stock.“ — Im ersten Stock steht ein fabelhafter Barockbau, ein Klotz von einem Schrank. Die reich gekleidete Dame acht dreimal um das große Ding herum, nickt es prüfend, schüttelt den Kopf, läßt schließlich die Borgnetze fallen und legt: „Herr Herrmann! Mit mir können Sie das nicht machen! Barock ist grün!“ (Ull.)

Der Sohn. „Unser Hans“, sagte die Mutter stolz, „wird seinem Vater jeden Tag ähnlicher.“ — „Wirklich?“ rief der Besucher aus. „Und tun Sie denn nichts dagegen?“ (Der Brunnbar.)

Danziger Nachrichten.

Schicksperrre und Danzigs Ausverkauf

befürchten in der Hauptsache die Verhandlungen der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die von 4 bis 9 1/2 Uhr abends dauerten, um von der geheimen Sitzung abgelöst zu werden. Die Aussperrung der Schickarbeiter brachte ein Antrag der Zentrumsfraktion Galkowski und Genossen zur Erörterung, der von der Stadt für die Aussperrung die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung forderte. Stadtrat Dr. Mayer, dessen soziale Einsicht durch die Revolution nicht merklich geändert wurde, lehnte die Pflicht zur Gewährung der Unterstützung ab. Dafür sei auch nicht der Magistrat, sondern ein besonderer Ausschuss zuständig, der die Unterstützungspflicht bereits verneint habe, weil es sich bei dieser Arbeitslosigkeit nicht um eine Folge des Krieges, sondern um Maßnahmen eines wirtschaftlichen Kampfes handle. Diese Verweigerung des Ausschusses sei bei Stimmengleichheit der Gewerkschaften der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch die Stimme des Vorliegenden — eben des Herrn Stadtrats Dr. Mayer beschlossen worden. Die Arbeiter wollten den Beschluss noch durch eine Beschwärze bei der Aufsichtsbehörde angreifen. Für die Sozialdemokratische Fraktion sprach Gewerkschaftsleiter Kreginski wiederholt sehr wirksam für den Antrag. Es scheint, als habe der Fürsorgeausschuss samt dem Magistrat einen Bund mit der kapitalistischen Reaktion Carlsson-Schickau geschlossen. Es liege zweifellos unverschämte Arbeitslosigkeit und nicht solche als Folge einer Lohnbewegung vor. Die Firma Schickau habe den Schickbeschluss abgelehnt und habe dann die Arbeiter, weil sie nicht gestreikt hätten, ausgesperrt. Die Beschwerde sei völlig grundlos, weil sie an den früheren Regierungspräsidenten Förster gerichtet werden müsse, dessen reaktionäre Unbeliebbarkeit gerade genügend bekannt sei. Bekannt sei, daß das Vorgehen Schickaus tiefere Ursachen habe. Die Danziger Arbeiter werden eben die Abschaffung des Schickbeschlusses an Stadtrat Carlsson, die Industriellen durch ein Rundschreiben zur gemeinsamen Erklärung ihrer Betriebe aufgefordert hat! Der Schickau-Ingenieur Schickau (H. W. V.) behauptete, daß bewaffnete Arbeiterbanden in den Betrieb eindringen und die Sabotage durch radikale Elemente überhandnehmen. Auch bewiesen die aufgestellten Streikposten, daß es sich mindestens jetzt nicht mehr um eine Aussperrung handle. Für die demokratische Fraktion erklärte Stadtrat Siebenfreund, daß die dem Antrag zwar sympathisch gegenüber stehe, ihm jedoch aus geschlichen Gründen nicht zustimmen könne. Schließlich nahm die Versammlung in neuerlicher Abstimmung den Antrag mit 33 gegen 26 Stimmen an.

Doch wird, wie die „D. Z.“ bereits heute früh mitteilt, die Arbeitslosenunterstützung trotz dieses Beschlusses nicht gestoppt werden, weil die maßgebenden Stellen bei der Ansicht verharren, daß er jeder geschlichen Berechtigung entbehre.

Es war während der Verhandlungen über den Schickau-Letzer rührend zu sehen, wie sich Herr Rechtsanwalt Krumm an dem „F. W. V.“ angehängt bemühte, unsere Genossen erzieherisch zu beeinflussen. Die unpolitische Höhe seiner geläufigen Einsicht macht ihn leider viel selbstbewusster, als er darauf zu sein kann. Vielleicht berücksichtigt er das in Zukunft doch ein wenig.

Den Ausverkauf Danzigs durch die Besatzungstruppen haben wir mehrfach getadelt. Die Fraktionen des Zentrums und der Demokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung hatten gemeinsam beantragt, daß sämtliche Schickmaßnahmen gegen diese Ausraubung ergriffen werden sollen. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ hatten sich darauf die niedliche Fälschung geleistet, das Verdienst dieses Antrages einzig ihrer „Wirtschaftlichen Vereinigung“ zuzuschreiben. Stadtrat Siebenfreund (Demol.) schilderte als Kaufmann selber einbringlich, in welche Notlage die Kaufleute durch diese Käufe gebracht würden. Er wünschte eines Zusammenarbeiten der Stadt mit Deutschland, das allein durch seine ausgebreitete Industrie der Stadt die mangelfallen Waren zu angemessenen Preisen liefern könne. Der Unabhängige Rahn bewies sein berühmtes kaufmännisches Verständnis wieder glänzend durch die Forderung einer eigenen Danziger Währung. Oberbürgermeister Sahm erklärte, das wichtigste Mittel sei, die Lieferung von Waren aus Deutschland. Doch könne es leider auch nur das Notwendigste liefern. Es seien bereits Verhandlungen mit Berlin abgeschlossen, die nur noch der Genehmigung des Oberbürgermeisters bedürften. Es müsse dafür gesorgt werden, daß keine Lebensmittel aus Danzig verschwinden. Er wolle bei Reginald Lower ansetzen, daß er ein Ansuchen überlegt, dann aber auch den Geld der fremden Truppen so herabsetzt, wie es der Kaufkraft des Landes entspricht. Es empfehle sich eine Kommission, die noch am Sonntag zur Beratung schleuniger Maßnahmen zusammenzutreten solle. In diesem Sinne wurde der Antrag dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiegen.

Der polnische Stadtverordnete Rechtsanwalt Drejlich machte einen neuen Vorstoß, um Danzig als polnische Stadt erscheinen zu lassen. Nach seinen Behauptungen hätten sich die städtischen Beamten bei der Aufstellung der Wählerlisten als Wählerlisten betätigt, daß so dafür gesorgt, daß mehr als 8000 polnische Wähler nicht anerkannt worden wären. Der Angriff fiel aber glatt ab. Für den Magistrat konnte neben Bürgermeister Dr. Bohl, besonders Professor Dr. Meyer-Barthelmann mit gutem Material nachweisen, daß die Behauptungen des polnischen Sprechers völlig unbegründet waren. Es gab bei der Debatte noch einen Zusammenstoß, weil der Deutsch-nationale Dr. Buma die dem Stadtrat Drejlich recht unliebsam war, sagte, er sei nicht wert, dem Oberbürgermeister die Schuld zu geben.

Ein Antrag der „Freien Lärnerschaft“ eine Beihilfe von 1500 Mark zu bewilligen, wurde angenommen und dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiegen.

Lower zur Auslieferung Sahms

Auf den Protest sämtlicher Stadtverordneten-Fraktionen, denen nun bekanntlich auch die Unabhängigen angeschlossen haben, gegen die Auslieferung des Oberbürgermeisters Sahm unter dem 17. Februar dem Stadtverordnetenratseher Kommandant, was folgt gemauert:

Schlichter Herr Schickau!

Den Empfang Ihres Schreibens vom 12. Februar bestätige ich, teils ich ergebe mich, daß ich Ihre Eingabe betr. Auslieferung des Herrn Oberbürgermeisters Sahm weitergeleitet habe.

Zu weiteren Diensten stets gern bereit

Ihr ergebener

Reginald Lower.

An Gerechtigkeit läßt diese Behauptung wirklich nichts zu wünschen. Ist der Oberbürgermeister aber wirklich nur der Vermittler der Entente?

Urge Zustände auf dem Hauptbahnhof.

Auf dem Danziger Hauptbahnhof ist bekanntlich ein Mann erstickt worden. Man wußte aber noch nicht, daß das lediglich ein äußeres Zeichen war für die geradezu ungläublichen Zustände, die hier herrschen. Die Polizei unter Mitwirkung der Volkspolizei, nahm hier vor kurzem eine Aufklärung vor, über die im Wochenausdruck von einem Teilnehmer berichtet wurde. Danach hat sich hier in den Marktsälen, besonders der 3. und 4. Klasse, geradezu ein Gefindel von Dieben, Schlern, Schiebern, Wucherern und Spielern eingestellt. Wenn jemand seinen Gut anhängt, so war er im nächsten Augenblick verschwunden und auch schon weiterverkauft. Alles Erreichbare wurde gestohlen und verschleudert und zwar zu ungläublichen Preisen. Mit hohen Einsätzen wurde gespielt und betrogen. Die Kasernen suchten hier zu betrogen, aber meist wurden sie selber betrogen. Kalmi-Mykietzen wurden ihnen als echtes Gold verkauft und sie zogen in ihrer Gargier damit glückstrahlend los, um das Gold mit hohem Aufschlag weiter zu verkaufen. Als die Polizei kam, stob die Gesellschaft auseinander. Aber es gelang doch, eine größere Zahl zu verhaften. Unter ihnen befanden sich Kerle, die mit langen Dolchmessern bewaffnet waren. Die Durchföhrung dieser Aktion war also nicht so einfach und ungefährlich. Von einem anderen Mitgliede wurde mitgeteilt, wie es eines Abends erheblich bestohlen wurde und den Diebstahl sofort bemerkt. Er konnte den Hauptbahnhof als eine Verbrecherhöhle und eilte sofort hin. Hier traf er einen Mann, den er an seinem Gange vorher gesehen sah und den er sofort wieder erkannte. Der Mann suchte sich zu drücken, wurde aber angehalten und zur Polizei geführt. Es stellte sich heraus, daß er der gestohlenen Zinscheine bei sich hatte. Zufällig führte jener Herr auch einen Zinsabschnitt bei sich und so konnte der Täter dezent überführt werden, daß er den Diebstahl eingestehen mußte. Für 800 Mark Sachen hatte er in wenigen Minuten nach seiner Rückkehr zum Hauptbahnhof an einen Raschenden verkauft, der aber bereits verschwunden war.

Der Künstlerstreik beendet.

Der Streik der Solomittelglieder des Stadttheaters ist beendet. Heute beginnen die Vorstellungen wieder mit „Madame Butterfly“. Aufgrund einer von Mitgliedern des Theaterausschusses, zu dem neben dem Genossen Kreginski die Stadtverordneten Fuchs I und Winter gehören, gestezt mit den beteiligten Solomittelgliedern des Theaters angebahnten Verständigung haben diese sich bereit erklärt, den Zustand zu unterbrechen und ihre künstlerische Tätigkeit wieder aufzunehmen. Dadurch wollten sie auch dem Vorwurf die Spitze abbrechen, als wollten sie gerade die Messezeit für ihre Bewegung ausnutzen. Den Künstlern wurde die beschleunigte Erledigung ihrer Angelegenheit zugesichert.

Die hierdurch gesicherte parlamentarische Form der weiteren Verhandlungen haben wir von vornherein gewünscht. Sie verbürgt die zweckmäßige Erledigung der Differenzen.

Unter diesen Umständen kann den Streik der Künstler auch nicht mehr in der Stadtverordnetenversammlung zur Verhandlung.

Mangelhafte Fleischlieferung.

Der Magistrat schreibt uns: Infolge der Absperrung der Grenzen des Freistaates sowohl seitens der deutschlebenden Teile, der Abstammungsgebiete und der an Polen abgetretenen Gebiete Westpreußens konnte in dieser Woche nicht eine genügende Fleischmenge zur Verteilung aufgebracht werden, da wie bekannt das Vieh des Freistaates zur Versorgung der Bevölkerung des Freistaates nicht im entferntesten ausreicht. Infolge der erwähnten Absperrung sind auch in letzter Zeit die Milchzulufen außerordentlich gering. Es schweben aber augenblicklich Verhandlungen, die erhoffen lassen, daß in nächster Zeit die Absperrung des Freistaates ganz oder teilweise aufgehoben wird, und daß damit wieder eine bessere Zuleitung in Fleisch und besonders in Milch eintritt.

Da am Sonnabend Fleisch infolge der Absperrung nicht zum Verkauf gestellt werden kann, erscheint in dieser Woche die Bekanntmachung über Abgabe von Lebensmitteln erst am morgigen Tage. Hoffentlich hoffen wir mit dem Magistrat nicht vergeblich.

Polnische Rücksichtslosigkeiten.

Der „Danz. Allg. Ztg.“ wird folgendes berichtet: Der D-Zug Stettin—Stolz—Danzig ist vor einigen Tagen, wie nun einem Passagier berichtet wird, in Stolz angehalten worden. Sämtliche aktiven deutschen Militärpersonen in Uniform und deutsche Kriegsgefangene mußten in Stolz den Zug verlassen und nach Stettin zurückkehren, da die Polen telegraphiert hatten, daß sie jeden deutschen Kriegsgefangenen und jeden deutschen Soldaten mitzunehmen und in ihre Arme einziehen würden. Die Empörung unter den Reisenden war besonders deshalb groß, weil einige Kriegsgefangene nach Abtzigberg in ihre Heimat zurückkehren wollten und durch die Rücksichtslosigkeit der Polen davon verhindert wurden. Als der Zug den letzten Bahnhof auf polnischem Gebiet, St. Kolb. passierte, wurde er von polnischen Soldaten angehalten, die die Insassen nach ihren Auslandsbüros fragten. Wer keinen hatte, wurde unweigerlich den Zug verlassen. Dabei mißhandelte einem der Reisenden im Namen der Behandlung eine für die Polen wenig schmeichelhafte Ausrufung. Ein polnischer Unteroffizier, dem die Ausrufung hinterbracht wurde, fragte darauf die einseitigen Reisenden in barockster Weise, wer die Ausrufung getan hätte. Er keine Antwort erhielt, so tobte er unter polnischen Schimpfworten teils auf dem Bahnsteig, teils im Zuge umher und schickte die Abfahrt des Zuges nicht. Mehrere Messerentende auserten, daß sie unter solchen Umständen auf den künftigen Besuch der Danziger Messe verzichteten. Erst nach dreiviertelstündiger Verzögerung ließ der dicke Pol den Zug weiter fahren.

Sind die 50 Pfr. Scheine kein Zahlungsmittel mehr?

Man schreibt uns: Seit einigen Tagen ist unter dem Publikum die Ansicht verbreitet, daß die alten, in Branndruck hergestellten 50 Pfennigscheine der Stadt Danzig nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel sind. Man hat Schwierigkeiten, die Scheine los zu werden. Ein Geschäftsmann teilte mit, ein Herr, der angeht auf dem Magistrat beschäftigt sein soll, hätte ihm gesagt, die Scheine wären seit 8 Tagen unzulässig, selbst die Kassenkassette nehme sie nicht mehr als Zahlungsmittel an. Wenn solche irrige Ansichten im Volke verbreitet werden, ist weiter nicht verwunderlich, daß jeder sich schämt, die Scheine anzunehmen. Es ist vielleicht vom Magistrat in Aussicht genommen, die Scheine aus dem Verkehr zu ziehen. Daß dieses aber nicht plötzlich oder innerhalb ganz kurzer Zeit geschehen kann, sollte jedem, vor allem aber

den Geschäftsleuten, klar sein. — Es wäre wünschenswert, daß der Magistrat dieser Sache näherträte und eine amtliche Aufklärung geben würde.

Der Palastverkehr von Deutschland nach dem Freistaat aufgenommen. Seit Mittwoch werden im Deutschen Reich wieder Pakete nach dem Freistaat Danzig angenommen, und zwar sowohl Wertpakete wie gewöhnliche Pakete. Die Sendungen gehen jedoch auf Gefahr des Absenders.

Aus den Gerichtssälen.

Schwurgericht. Für die am Montag beginnende Schwurgerichtszeit sind folgende weitere Strafsachen zur Verhandlung anberaumt worden: Am 27. Februar gegen den Hilfsarbeiter Bruno Thim in Ohra wegen Körperverletzung mit Todesfolge. Am 28. Febr. gegen den Mechaniker Kurt Thiele, ohne festen Wohnsitz, wegen Meuterei. Gegen die mehrere Postauskletterin Frau Grete Conrad in Danzig wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung. Ein Teil der Schwurgerichtssachen wird voraussichtlich an das polnische Gericht abgegeben werden.

Aus dem Gefängnis entbrochen. Der Arbeiter Friedrich Groß in Langfuhr, der Arbeiter Friedrich Kehl in Danzig und ein Flüchtiger Roggenbrot waren im Danziger Zentralgefängnis in Strafkast. Am 22. Juni entwichen die 3 aus dem Arbeitsloal und es gelang ihnen zum Lore hinaus auf die Straße zu kommen und zu entfliehen. Die beiden ersten Angeklagten hat man wieder ergriffen, und sie standen nun vor der Strafkammer. Im Gefängnisweien haben sie sich Erklärungen erworben, denn Groß ist 26 mal, Kehl 37 mal verurteilt. Wegen Meuterei wurden die beiden nunmehr zu je 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Höhere Geldstrafe wegen Geldentwertung. Vor dem Schöffengericht hatte sich der Kaufmann Paul Gröhn in Langfuhr wegen Fälschungsbücherei zu verantworten. Er verurteilt im Oktober des Jahres für 90 Pf. statt 58 Pf. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 3000 Mark Geldstrafe. Es wurde in der Begründung ausgeführt, daß wegen der Vergehen gegen die Preisreibereiberechtigungen empfindliche Strafen verhängt werden müssen, und daß ferner auf die Geldentwertung Rücksicht zu nehmen sei. Das Geld sei entwertet, mithin wüßte auch die Strafe entsprechend erhöht werden.

Polizeigericht vom 20. Februar 1920. Verhaftet: 15 Personen, darunter 9 wegen Verdacht des Diebstahls, 1 wegen Verletzung zum Diebstahl, 1 wegen Raubüberfalls, 1 wegen Schießens mit dem Revolver nach Jagdgelassen, 2 wegen Streichens und 4 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 schwarzes Hornemanns mit Geld, Briefmarken, Schreibfedern und Brotmachen; 1 graue geknappte Handtasche mit Hornemanns, Zettel, Schlüssel und Zigaretten, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidenten; 1 Regenmäntel mit 2 Krüde abgehoben von Herrn Polizeiwachmeister Vagte, Straußgasse 7 a. 1 photographisches Stativ, abgehoben von Hrl. Frieda Weis, Ohra, Bahnhof 5. Die Empfangsberechtigten wollen sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbüro des Polizeipräsidenten in der Zeit von 9 bis 1 Uhr vormittags zeigen, bei den genannten Findern melden.

Standesamt

Todesfälle: Stelmacher, Musikant im Inf.-Regt. 175, Adolf Schöter, 19 J. 7 M. — Eisenbahnarbeiter, Musikant im Regt. Nr. 139, Otto Max Kowalski, Alter unbekannt. — Frau Grete Kogolinski geb. Kozel, 34 J. — Frau Marie Riesel geb. Kowalski, 42 J. 5 M. — E. d. Arbeiters Julius Gabelberg, 3 M. — E. d. Arbeiters August Schatz, 14 J. 3 M. — Student Jean Monl, 18 J. 11 M. — Bureauhilfsarbeiter, Waldemar Gierman, 25 J. 3 M. — E. d. Arbeiters Karl Hoffmann, 7 M. — Sprachlehrerin Albertine Jechow, 67 J. 6 M. — Frau Josephine Niemitz geb. Popski, 50 J. — Geiger Richard Popski, 54 J. 10 M. — Arbeiter August Sawoski, 15 J. 6 M. — Unbekannt: 1 Tochter.

Wasserstandsnotizen am 20. Februar 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Ohra	+ 3,30	+ 2,19	Düchel	+ 2,77 + 3,82
Fordon	+ 3,10	+ 2,08	Dirschau	+ 4,08 + 4,04
Calu	+ 3,10	+ 3,40	Einzig	+ 2,78 + 3,15
Braudenz	+ 3,24	+ 3,30	Schlegel	+ 2,70 + 2,66
Karzedon	+ 3,61	+ 2,65	Wohlsdorf	+ 0,65 + 0,62
Montanerspitze	+ 2,58	+ 2,52	Kawado	+ 0,99 + 0,99

Letzte Nachrichten.

Gegläute Darlehen an Rußland.

Berlin, 20. Febr. Nach einer Rußlandamer Mitteilung wird aus Moskau berichtet: Der Schatzkanzler erklärt im Unterhaus, daß Großbritannien an Rußland 500 Millionen Pfund, an Frankreich 470 1/2 Millionen Pfund, an Italien 470 Millionen Pfund, an Belgien 25 1/2 Millionen Pfund, an andere Verbündete 71 Millionen Pfund, also zusammen 1395 1/2 Millionen Pfund Darlehen gegeben habe.

Umschwung der russischen Währung.

Berlin, 20. Febr. Laut „Berliner Lokalzeitung“ sind nach Kopenhaagener Mitteilungen zurzeit in Sowjetrußland für über 200 Milliarden Rubel Bayergeld im Umlauf. Diese Rubel sollen nicht einmal das Papier wert sein, mit dem sie gedruckt sind.

Die Hochwasserfluten am Rhein.

Berlin, 20. Febr. Wie dem „Berl. Lokalzeitung“ aus Mainz berichtet wird, habe die Stadtratskommission Straßburg die eigenen Hochwasserfluten auf 5 Millionen 1917. Davon entfallen 1 1/2 Millionen allein auf die Salmen und Kuranlagen.

Nationale Berliner Studentenschaft.

Berlin, 19. Febr. (M. T. B.) Die Wahlen zum Studentendeparlament haben an der Berliner Universität eine gewaltige Mehrheit für die nationale Studentenschaft ergeben.

Lösung eines sozialdemokratischen Redakteurs?

Sudapetz, 19. Febr. Wie das ungarische Telegraphische Korrespondenzbüro meldet, wurde gestern in der Nähe von Budapest eine Beise aus der Donau gezogen, in welcher man den verantwortlichen Redakteur des sozialdemokratischen Blattes „Nepszava“, Bela Somogyi, erkannte.

Holland Mitglied des Völkerverbundes.

Haag, 19. Febr. (M. T. B.) Die Justizkammer hat mit 59 gegen 5 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend den Zutritt Hollands zum Völkerverbund angenommen.

Verantwortlich für den polnischen Zerfall.

Verantwortlich für den polnischen Zerfall, für den unpolitischen Logosist und die Unterhaltungsbellege Kurt Lehmann, für die Insekten Bruno Kwert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

